

Hochberger Bote.

Anzeigen werden mit
8 kr. die gesp. Zeile
berechnet.
Erscheint Dienstags,
Donnerstags u. Sam-
stags.

Intelligenz- und Verkündigungsblatt
für die Kreise Immendingen, Ittenheim, Breisach und Waldkirch.

Nro. 65.

Dienstag, den 4. Juni

1872.

Staat und Kirche.

Die Reichstagsdebatten über den Vorschlagposten in Rom und die Jesuitenpetitionen haben eine weitere Perspektive auf „die bevorstehende Grenzregulierung zwischen Staat und Kirche“ eröffnet. Ueber das eben ausgesprochene Thema enthält die „Allg. Zeitung“ einen von Berlin datirten Leitartikel, an dessen Inhalt wir uns in dieser Betrachtung anlehnen.

Fürst Bismarck hat in der Sitzung vom 14. ds. Mts. bestimmt in Aussicht gestellt, die für Deutschland nothwendig gewordene Grenzberichtigung zwischen der geistlichen und weltlichen Gewalt von Reichswegen zu bewirken. Er wies hin auf die abnorme Stellung des Papstes, welcher Souveränitätsrechte in den deutschen Staaten ausübt, ohne daß dieselben durch eine konstitutionelle Verantwortlichkeit gedeckt sind; Concordatspolitik wird für jeden seine Selbstständigkeit währenden Staat als unmöglich bezeichnet, nachdem der Papst durch die neuen Dogmen eine so veränderte Stellung zu den weltlichen Dingen eingenommen habe. Schonend gegen die Katholiken Deutschlands werde die Gesetzgebung zu verfahren haben, der Souveränität des Staates aber ist unbedingte Geltung zu verschaffen; dabei kann keinesfalls geduldet werden, daß Staatsangehörige, wenn sie auch Geistliche sind, als den Landesgesetzen sich nicht unterworfen betrachten und danach Handlungen vornehmen oder unterlassen.

Nicht mit der kirchlichen Lehre und Verfassung als solcher wird die Gesetzgebung es zu thun haben, das muß den Gliedern der Kirche selbst überlassen bleiben. Sehr treffend sind hierüber folgende Worte des eben angeführten Artikels: „Durch die Dekrete vom 18. Juli 1870 ist das Papstthum zur denkbar absolutesten Monarchie geworden. Den Bischöfen ist der letzte Rest an der Kirchenverfassung entzogen. Das katholische Volk kam dabei längst nicht mehr in Betracht, obgleich die ultramontanen Stimmen sich täglich auf dasselbe berufen, und seine Willensäußerungen, jüngst sogar nach Centnern (Moufang) in die Waagschale geworfen werden sollten. Der Umsturz der römisch-katholischen Kirchenverfassung vollzog sich zu derselben Zeit wo die deutschen Bundesstaaten in den Reichsverband traten, und das deutsche Volk sein Parlament errichtete. Einen Schrofferen als den hier geschaffenen Widerspruch zwischen unbedingtem blindem Gehorsam und selbstbewußter thatvoller Freiheit gibt es nicht. Ihn auf dem Gebiete des religiösen Glaubens zu überwinden, bleibt Sache der Kirchenangehörigen. Wir bauen dabei auf das Evangelium selbst und jenen urgermanischen Verstand, welcher sich schon in den Gothen, Longobarden und Burgunden als Ari-

aner dem römischen Bischof und seiner Orthodoxie widersetzte.“ Sache der Gesetzgebung des Reichs muß es sein, die hierarchischen Tendenzen, soweit sie auf Grund der neuen Dogmen gegen den Staat und seine Toleranz sich richten, unschädlich zu machen. Die Ansicht hat viel für sich, daß eine vollständige Uniformität in der Regelung der kirchlichen Gesetzgebung der einzelnen Staaten kaum wird herzustellen sein; es kann sich nur um gewisse Grundzüge handeln, welche den Regierungen als Richtschnur in Behandlung des sich in ihr Gebiet erstreckenden übernationalen Verbandes der römischen Hierarchie dienen.“ „Am sichersten gehen wir, wenn das Reich seine Bundesglieder veranlaßt ihren etwas verdunkelten Landesgesetzen der Curie gegenüber größern Nachdruck zu geben, und namentlich die Bischöfe reichsmäßig übereinstimmend unzweideutig wissen zu lassen, daß sie nicht ausschließlich und „wie ein Leichnam“ willenlos Werkzeuge der Hierarchie, sondern auch Angehörige und Unterthanen der Staaten und des Reichs sind.“

Weitere Gesichtspunkte hebt der Verfasser jenes Aufsatzes hervor: vielleicht werde die Reichsgesetzgebung sich veranlaßt sehen, z. B. den päpstlichen Anspruch, daß die Freiheit des Gewissens und des Gottesdienstes eines jeden Menschen Wahnsinn sei, (Encyclica von 1864) ausdrücklich zurückzuweisen. Vor allen Dingen wird es sich aber auch um das Placet handeln, die nothwendige Zustimmung der weltlichen Macht zu päpstlichen Verordnungen, welche durch Reichsgesetz für alle Einzelstaaten zu fordern wäre; ferner ist der geringe Antheil, welchen der König von Preußen an den Bischofswahlen seiner Lande hat, ungenügend und des deutschen Reiches unwürdig. Baden hat in dieser Hinsicht bereits Remedur gefunden, und wenn das Freiburger Erzstift deshalb in einem dauernden Provisorium verwallt wird, so hat das keine Nachteile.“

Der Art. 15 der Preussischen Verfassung, welchen die Centrumsfraction auf das ganze Reich ausgebehnt wissen wollte, lautet bekanntlich: „Die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwallt ihre Angelegenheiten selbstständig.“ Selbstverständlich kann es in der Preussischen Verfassungsurkunde sich nur um die Römisch-Katholiken Preußens handeln, führt jener Aufsatz aus, bei diesen sei aber von einer selbstständigen Verwaltung nach dem gegenwärtigen Zustand durchaus nicht die Rede, da die Katholiken an der Verwaltung gar nicht Theil nehmen, vielmehr alles den Bischöfen und neuerdings nach den vatikanischen Dekreten dem ausländischen Oberhaupte, dem Papste allein überlassen ist. Der Verfasser

Ein Kapitel für Frauen.

Wir führen die geehrte Leserin in einen New-Yorker Haushalt, wo wir Zeugen des nachfolgenden Gesprächs zwischen Mann und Frau sind.

„Wie kannst Du so hart sein, John!“ ruft Emily Berry, eine hübsche, junge Frau, die seit Kurzem mit ihrem Gatten in New-York lebte, in einem gereizten Tone aus, von dem man nicht wußte, ob er der Vorbote eines heftigen Zornausbruches oder eines — Thränengusses war. Deshalb sah auch ihr Gatte, welcher, am Kamin stehend, eben seinen Ueberrock zuknöpfte, mit besorgter Miene auf sie nieder und versetzte nach einer kurzen Pause:

„Emily, ich glaube, Du bist ungerecht!“

„O, freilich“, erwiderte sie, in Thränen ausbrechend, „aber niemals hätte ich erwartet, daß mit mein Gatte schon die allererste Bitte abschlagen würde!“

„Gewiß würde ich es nicht thun, Emily, wenn es etwas Vernünftiges wäre. Aber ein Diamantring! Hast Du denn auch eine Idee, mein Herzchen, was ein solcher kostet?“

„Man kann schon einen sehr hübschen für 300 Dollars kaufen.“

Herr Berry schüttelt bedenklich den Kopf.

„Ich habe in der That kein Recht“, sagte er ernst, „300 Dollars für solchen Land auszugeben, während mein Compagnon sich auf alle

mögliche Weise einschränkt, damit Alles dem Geschäfte zu Gute komme.“

„Land!“ schluchzte Emily. „Das ist also die Mühsucht, welche Herr John Berry auf die Gefühle seiner Frau nimmt? Ja wohl, ich bin Dir auch Nichts als Land! O, ich wundere mich nur, warum Sie sich die Mühe gegeben haben, mich zu Ihrer Frau zu machen. Gewiß haben Sie es seitdem auch schon oftmals bereut.“

„Emily!“ ruft der Gatte vorwurfsvoll.

Sie wußte freilich nicht, welche Anstrengungen er hatte machen, welche Last übernehmen müssen, um die Schulden ihres verstorbenen Vaters zu tilgen und sein Andenken vor Schande zu bewahren. Aber sie sollte sein Opfer auch nie erfahren, niemals ahnen.

„Emily“, wiederholte er nach einer Weile in gutigem Tone, „hast Du kein Lebenswohl für mich, mein Liebling? Du weißt ja, daß ich eine ganze Woche lang in Geschäftsangelegenheiten verreisen muß.“

Sie blickte weder auf, noch rührte sie sich. Seufzend neigte er sich doch zu ihr nieder und küßte sie auf die Stirn.

„Adieu, Emily!“

Sie antwortete nicht.

Betrübt wandte er sich zum Gehen, denn er liebte das hübsche, anmuthige Kind mit aller Kraft seines braven Herzens, nur ihr launiges Wesen grämte und beunruhigte ihn oft.

Raum war die Thür hinter ihm ins Schloß gefallen, so sprang Emily auf.

(Fortsetzung folgt.)

